

# Wandel ist gestaltbar, wenn der Staat mehr Geld ausgibt

**TRANSFORMATION** Öffentliche Investitionen müssen massiv ausgeweitet werden

Deutschland befindet sich aktuell in einer konjunkturell schwierigen Phase. Während die wirtschaftliche Entwicklung im Bund im letzten Jahr noch leicht positiv verlief und aktuell stagniert, befindet sich das Saarland bereits seit Längerem in einer Rezession. Auch auf dem Arbeitsmarkt sind die Auswirkungen mittlerweile spürbar, die negativen Schlagzeilen in den Medien häufen sich.

Von Carina Webel

Dabei handelt es sich keineswegs nur um konjunkturelle Probleme. Wirtschaft und Arbeitswelt befinden sich aktuell in tiefgreifenden Strukturwandelprozessen, die vor allem getrieben sind durch die Dekarbonisierung und die Digitalisierung. Im Saarland konzentrieren sich diese transformativen Prozesse aufgrund der besonderen Betroffenheit der beiden Schlüsselbranchen Automobil- und Stahlindustrie. Die Probleme wurden bereits in früheren Ausgaben ausführlich beschrieben (siehe Info).

Es wird nichts bringen, sich gegen die Veränderungen zu stellen, denn diese sind in vollem Gange und von vielen Faktoren abhängig, die sich schwer aus dem Saarland heraus beeinflussen lassen. Das

darf aber keinesfalls bedeuten, dass Prozesse lediglich laufen gelassen werden. Der Standort Saarland bietet viele Chancen, die genutzt werden müssen. Politisches Handeln ist nun gefragt, um die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten, sodass die ökologische und digitale Transformation sozialverträglich im Einklang mit den Interessen der saarländischen Beschäftigten gestaltet wird. Was ist zu tun?

## Vier zentrale Forderungen

- **1.** Die Landesregierung muss eine klare Strategie entwickeln. Sie muss definieren, in welchen Feldern Handlungsbedarf besteht und in welcher Höhe Mittel benötigt werden. Aus dieser Strategie muss ein Aktionsprogramm abgeleitet werden, aus dem konkrete Maßnahmen und deren Finanzierung hervorgehen.
- **2.** Das Saarland wird den Strukturwandel nicht alleine erfolgreich gestalten können. Bund und EU müssen präventiv unterstützen. Alle saarländischen Akteure müssen dafür an einem Strang ziehen und im Bund mehr Mittel einfordern. Die Landesregierung muss sich geschlossen für finanzielle Hilfen bei der Bundesregierung einsetzen. Die politisch Ver-

antwortlichen im Bund müssen entsprechend handeln.

- **3.** Ansatzpunkte gibt es viele: Das Saarland braucht Strukturförderung zum Erhalt des industriellen Kerns der Saar-Wirtschaft. Das Saarland muss deshalb unter anderem zur Modellregion bei der von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier verantworteten Wasserstoffstrategie werden. In das Saarland müssen Mittel zur Forschungsförderung und für die Weiterbildung fließen. Die Arbeitsmarktpolitik muss nachhaltig gestaltet werden. Befristungen von Passiv-Aktiv-Transfer und Teilhabechancengesetz müssen aufgehoben werden. Auch zur Gestaltung der Mobilitätswende braucht das Land Mittel.

- **4.** Zentral ist und bleibt dabei ein Grundsatzthema: Der Staat muss endlich wieder Handlungsfähigkeit beweisen. Essentiell dafür ist die Abkehr von der „schwarzen Null“ als Hauptzielgröße staatlichen Handelns. Durch das Festhalten an dieser volkswirtschaftlich sinnlosen Politik wird eine Verteilungsdebatte eröffnet, die den Anschein von „Klimaschutz ODER Arbeitsplätze“ erweckt. Wenn es durch die Transformationsprozesse immer mehr Verlierer gibt, weil der Wandel nicht sozial gestaltet wird, wird populistischen Parteien, die scheinbar einfache Lösungen bieten, immer weiter Tür und Tor geöffnet.

**Aber: Der Wandel ist gestaltbar!** Durch die Abkehr von der schwarzen Null und die Stärkung der staatlichen Einnahmehasis wird dies möglich. Erforderlich ist eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur, aber auch eine ausgebaute digitale Infrastruktur sowie gute Bildung und innovative Forschung sind wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschaft und den Erhalt guter Arbeitsplätze.

Carina Webel leitet die Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik.

In „AK-Konkret“ 3/2019 wurde im Titelthema „Große Transformation“ erläutert, dass das Saarland vor einem neuerlichen einschneidenden Strukturwandel steht.



Bedrohliche Entwicklung: In der saarländischen Stahlindustrie sollen 1.500 Stellen abgebaut werden; und auch im Automobilsektor drohen erhebliche Jobverluste.